

Stadt Düsseldorf untersagt Mahnwache zum #Klimarettungsschirm

Düsseldorf 17.04.20 - Die Klimabewegung Extinction Rebellion (XR) hat bei dem Versuch am morgigen Samstag eine Mahnwache vor der Staatskanzlei anzumelden einen Rückschlag erlitten. Die Mitglieder von Extinction Rebellion wollten darauf aufmerksam machen, dass jetzt nicht leichtfertig Klimaziele aufgegeben werden sollten, um mit kurzfristigen, bedingungslosen Krediten umweltzerstörerische Unternehmen zu retten.

Dabei wurde bei der Antragstellung ausdrücklich darum gebeten, dass neben einer sehr überschaubaren Teilnehmerzahl von 20 Personen und einem Abstand von 1,5 Metern zwischen den Teilnehmern weitere Auflagen seitens der Stadt kommuniziert werden sollen. In der Ablehnung des Ordnungsamtes Düsseldorf heißt es wörtlich "Insbesondere aufgrund der Tatsache, dass alle Veranstaltungen und Versammlungen grundsätzlich untersagt sind, wird die Aufmerksamkeit für einzelne, im Ausnahmefall zugelassene Versammlungen sehr hoch sein."

Norman Schumann vom Presseteam XR meint dazu: "Mit dieser Begründung ließe sich zukünftig jede Versammlung verbieten, da es ja gerade darum geht die Aufmerksamkeit auf ein bestimmtes Thema zu lenken. Insbesondere ist diese Ablehnung nach dem gestrigen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes mehr als unverständlich. Es kommt einem Totalverbot gleich."

Auch aus rechtlicher Sicht ist in dem Schreiben des Ordnungsamtes lediglich Versammlungsfreiheit und Volksgesundheit gegenübergestellt, eine echte Gefahrenprognose und Verhältnismäßigkeitsprüfung liegt nicht vor. „Gerade jetzt müssen die Behörden besonders gut darauf schauen, dass die Versammlungsfreiheit gewahrt bleibt. Seitens der Polizei hatten wir schon die Zusage, dass wir unsere Mahnwache unter Auflagen durchführen können. Warum das Ordnungsamt sich jetzt dagegen sträubt, wissen wir nicht. Ein Kooperationsgespräch bezüglich weiterer Maßnahmen wurde uns nicht angeboten.“, so die Versammlungsmelderin Caroline Loesgen.

Politisch gesehen ist dies eine Chance die Klimaschutzambitionen der Bundesregierung nicht nur als leere Worthülsen existieren zu lassen, sondern wirklich etwas gegen die kommende große Krise, die Klimakrise, zu unternehmen. „Die aktuelle Krise kann nicht damit gelöst werden, eine viel größere Krise für Leben und Gesundheit von Menschen in der nahen Zukunft zu produzieren. Wenn wir jetzt neue Emissionen stimulieren und dabei Umweltstandards aufweichen, Steuererleichterungen oder Rettungspakete für Industrien, die der Allgemeinheit auch vor der Krise massiven sozialen und ökologischen Schaden angerichtet haben, schnüren - dann wird das Menschenleben auf der ganzen Welt kosten, das Erreichen der Klimaziele unmöglich machen und das sechste Massensterben der Arten massiv beschleunigen.“, so Tino Pfaff von Extinction Rebellion Deutschland.

In einem weiteren Schreiben an die Versammlungsbehörde wurde nochmals auf die nach wie vor existierende Versammlungsfreiheit und die Dringlichkeit des Themas hingewiesen.

Pressekontakt Extinction Rebellion NRW:

Norman Schumann 0178/4086086

nrw.presse@extinctionrebellion.de

Pressekontakt Extinction Rebellion Deutschland:

Tino Pfaff 0177/8011774

presse@extinctionrebellion.de

--

--

Pressteam

Extinction Rebellion Deutschland

<https://extinctionrebellion.de/>

Social Media

https://www.youtube.com/channel/UCzRo82VzXa_XgySyH-D51qA

https://twitter.com/extinctionr_de?lang=de

<https://de-de.facebook.com/ExtinctionRebellionDeutschland/>

Spenden

<https://de.gofundme.com/f/extinction-rebellion-germany>

